

Knappes Ja zu Minimallösung

Mehrwertabgabe Gegnerische Gemeinderäte überzeugten eigene Gemeinden nicht

VON MICHEL ECKLIN

Am Ende war es ein Zufallsresultat, oder «eine knappe Mehrheit», wie es der Birsfelder Gemeindepräsident und Landrat Christof Hiltmann (FDP) ausdrückt. 50,71 Prozent der Stimmberechtigten stimmten dem Gesetz zur Abgeltung der Planungsmehrwerte zu, 49,29 Prozent waren dagegen. Das ist eine Differenz von 911 Stimmen, bei fast 70 000 abgegebenen Voten.

Dabei war kaum ein einheitliches Muster zu erkennen. So kamen viele Nein-Mehrheiten aus Gemeinden im oberen Kantonsteil. Aber die grösseren Gemeinden dort stimmten dem Gesetz zu, etwa Sissach und Liestal. Es war also nicht so, dass nur Eigenheimbesitzer Ja stimmten. Die Besitzerquote mag im Unterbaselbiet noch eher eine Rolle gespielt haben. So stimmte Therwil mit vielen Einfamilienhäusern mit 54 Pro-

«Die direktbetroffenen Eigenheimbesitzer wünschten keine zusätzlichen Abgaben, das hat wohl den Ausschlag gegeben.»

Christof Hiltmann
Birsfelder Gemeindepräsident (FDP)

zent Ja, die Mietergemeinde Birsfelden knapp Nein. Im Bezirk Arlesheim waren nur vier Gemeinden gegen die Vorlage, und das war wohl für das kantonale Ergebnis matchentscheidend.

Generell gegen Abgaben

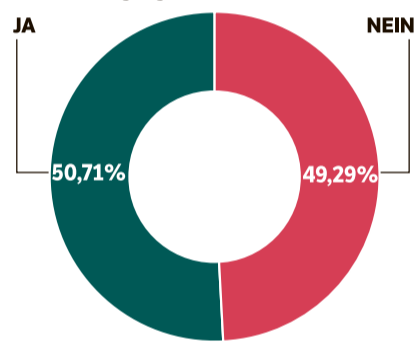
Im Wahlkampf hatten sich viele Gemeinderäte engagiert, eine Mehrheit für ein Nein, einige für ein Ja. Zumindest ihre eigenen Gemeinden konnten all diese Lokalpolitiker nicht überzeugen. So stimmten Aesch, Birsfelden und Pratteln Nein - Therwil, Binningen und Biel-Benken Ja, jeweils entgegen der Meinung ihrer Gemeinderäte.

«Die direktbetroffenen Eigenheimbesitzer wünschten keine zusätzlichen Abgaben, das hat wohl den Ausschlag gegeben», analysiert Hiltmann. Die Leute seien aber auch gegen generelle Auf- und Umzonungen, entsprechend solle dies nicht durch Abgaben forciert werden. «Diejenigen Gemeinden, die gute Erfahrungen machen mit Mehr-



Investoren (hier in Pratteln) müssen nur bei Einzonungen eine Abgabe entrichten, nicht bei Auf- und Umzonungen. BZ/ARCHIV

Mehrwertabgabe
Stimmbeteiligung 36,73%



GRAFIK: NCH

wertvereinbarungen bei Quartierplanungsverfahren, haben Ja gestimmt.» Damit meint er etwa Reinach, Muttenz oder Oberwil. Der Therwiler Gemeindepräsident Reto Wolf (FDP), der sich für ein Nein einsetzte, spricht von einem «übermächtigen Gegner» aus Wirt-

schaftskammer und Hauseigentümerverband (HEV). «Wir haben gekämpft, aber nicht mit den gleichen Mitteln wie sie.» So habe der HEV in zwei Mailings an seine Mitglieder Sachen behauptet, «die einfach nicht wahr sind».

Einfach zu deuten war das Ergebnis aus Münchenstein. Dort sagten gerade mal 40,5 Prozent der Stimmberechtigten Ja. Die dortige Gemeindeversammlung hatte mehrfach eine kommunale Mehrwertabgabe beschlossen, die der Gemeinderat gegen den Willen des Kantons vom Bundesgericht bestätigen liess. Das Münchensteiner Sonderzöglein ist jetzt wohl Makulatur. Im Abstimmungskampf war die Rede davon, das Gesetz verletze Bundesrecht, weshalb Münchenstein es gerichtlich anfechten könnte. Dazu sagt Gemeindepräsident Giorgio Lüthi (CVP) vorerst nur: «Wir werden das anschauen.» Auch von einer

Beschwerde wegen Verletzung der Gemeindeautonomie hatten die Gegner gesprochen. Wolf zeigte sich gestern zurückhaltend: «Es ist heute nicht der Tag, um so etwas zu diskutieren.»

«Zusammen etwas erreicht»

Trotz Niederlage gewinnen die Gegner dem Abstimmungskampf Positives ab. «Wir haben gemerkt, dass wir zusammen etwas erreichen können», sagt der Biel-Benkemer Gemeindepräsident Peter Burch (CVP). Er und Wolf halten das in Zukunft für nötig. Sie befürchten, der Kanton werde weitere «derart zentralistische» Gesetze beschliessen. Wolf: «Dagegen müssen wir uns wehren.» Ein Anliegen, das Hiltmann ähnlich sieht: «Es ging für mich bei dieser Abstimmung um eine inhaltliche Auseinandersetzung, nicht um Zentralisierung.» KOMMENTAR RECHTS

KOMMENTAR

Starker Auftritt der Gemeinden

Diesmal hat es knapp nicht gereicht - noch nicht. Die 68 Gemeinden konnten das Mehrwertabgabengesetz, das ihnen Rechte abspricht, nicht bodigen. Eine knappe Mehrheit der Stimmbürger sah vor allem neue Abgaben auf sich zukommen und wollte deshalb den Gemeinden nicht die Freiheit lassen, mit selber ge-



von Michel Ecklin

wählten Mitteln für geordnete Verdichtung zu sorgen.

Die Gemeinden werden mit dem gestrigen Ergebnis leben können, und sie sollten auch nicht damit hadern. Entscheidend ist für sie nämlich etwas anderes. Sie haben gezeigt, dass sie sich wehren können, wenn sie ihre Interessen verletzt sehen. Die 68 Gemeinden konnten nicht von Anfang an mit einem solchen Achtungserfolg rechnen, zumal die Vorlage kaum für alle Stimmbürger verständlich war. Trotz einiger Abweichler hat man die Gemeinden selten so einheitlich auftreten sehen. Das nächste Mal, wenn ihre Autonomie bedroht ist, werden sie ihre Kampagne nicht mehr von null auf lancieren müssen. Damit können sie zu einer neuen Macht in Baselbiet werden. Und das ist auch gut so. Wenn der Kanton immer wieder in schönen Worten die Gemeindeautonomie lobt, dem aber keine Taten folgen lässt, müssen die Gemeinden handeln. Solange das Volk dabei das letzte Wort hat, ist nichts dagegen einzuwenden.

@michel.ecklin@chmedia.ch

GEMEINDEWAHLEN

ANWIL Klares Resultat für Ruepp

Marco Ruepp ist mit 134 Stimmen (Absolutes Mehr: 76) in den Gemeinderat von Anwil gewählt worden ist. Er ersetzt Gemeindepräsident Ernst Möckli, der per 30. Juni zurücktritt. (BZ)

BENNWIL Bürgin ohne Probleme

In der Ersatzwahl für den per 30. Juni demissionierenden Gemeinderat Jonas Spörri übersprang der einzige Kandidat Michael Bürgin mit 125 Stimmen das absolute Mehr (80) klar. (BZ)

BUBENDORF Liechti und Ruedi gewählt

Die beiden Parteilosen Karin Liechti (634 Stimmen) und Charles Ruedi (637) sind mit klarem Vorsprung vor Esther Meisinger (BDP, 220) in den Gemeinderat von Bubendorf gewählt worden. Sie folgen auf Philipp Felber (Rücktritt per 31. März) und Gemeindepräsident Erwin Müller (Rücktritt per 30. Juni). (BZ)

RAMLINSBURG Mundschin erfolgreich

Simone Mundschin-Kolb ist mit 197 Stimmen in den Gemeinderat gewählt worden. Ihre Konkurrentin Claudia Regenass erhielt nur 24 Stimmen. Mundschin folgt auf Gemeinderats-Vize Christine Massafra-Verdun, die per 30. Juni zurücktritt. (BZ)

TECKNAU Karrer deutlich bestätigt

Der einzige Kandidat Adrian Karrer folgt auf Gemeinderat Peter Binggeli, der per 30. Juni zurücktritt. Karrer erhielt 104 von 125 Stimmen. (BZ)
WEITERES RESULTAT AUF SEITE 25

KOMMENTAR

Trostpreis

Die Annahme des Gegenvorschlags zur Ausgleichsinitiative ist der Trostpreis für die elf Initiativgemeinden. Sie haben es nicht einmal geschafft, all jene Gemeinden hinter ihren Vorschlag zum Umbau der Sozialhilfekostenverteilung zu scharen, die in der Rangliste der am stärksten belasteten Kommunen auf den vordersten Plätzen liegen. So konnte beim Stimmvolk nie der Eindruck ent-



von Bojan Stula

kräftet werden, es handle sich bei der Ausgleichsinitiative bloss um ein Partikularinteresse einiger weniger, besonders laut jammender Gemeinden.

Vor die Wahl gestellt, und mit diametral entgegengesetzten Aussagen von Gemeinderäten konfrontiert, entschied sich das Stimmvolk für den Mittelweg. Was gleichzeitig bedeutet, dass es in absehbarer Zeit bei der Verteilung der Sozialkosten zwischen den Baselbieter Gemeinden zu keinem fundamentalen Systemwechsel kommt, sondern allenfalls zu weiteren Anpassungen im Rahmen des neuen Solidaritätstopfs.

@bojan.stula@chmedia.ch

Richtig zufrieden ist niemand

Ausgleichsinitiative Ja zum Gegenvorschlag - kein Systemwechsel bei den Sozialhilfekosten

VON BOJAN STULA

Vor die Wahl gestellt, sich auf die Seite von elf Initiativgemeinden zu schlagen oder der grossen Mehrheit der Neinsager zu folgen, hat sich das Baselbieter Stimmvolk für den Mittelweg entschieden: Mit einem Ja-Anteil von fast 60 Prozent bei einer Stimmbeteiligung von 36,71 Prozent ist der Gegenvorschlag zur Ausgleichsinitiative deutlich angenommen worden.

Die Initiative selbst wurde dagegen deutlich abgeschmettert: Nur knapp 36 Prozent der Stimmberechtigten sprachen sich für das unmittelbare Anliegen der Initiativgemeinden aus, die Summe der Sozialhilfekosten zu 70 Prozent unter sämtlichen Gemeinden aufzuteilen und die restlichen 30 Prozent den einzelnen Wohnsitzgemeinden selbst zu überlassen. Mehrheiten für diese Lösung fanden sich bezeichnenderweise einzig in den Bezirken Laufen und Waldenburg, wo die Initianten besonders gut verwurzelt sind. Weder für die Initiative noch für den Gegenvorschlag erwärmen konnten sich total 9 von 86 Gemeinden, darunter das «reiche» Pfeffingen.

Also wird künftig als Kompromiss ein neuer Solidaritätstopf eingeführt, den die Gemeinden mit 10 Franken pro Einwohner und Jahr alimentieren. Jene Gemeinden, die eine Sozialhilfe-

quote von über 130 Prozent des kantonalen Durchschnitts aufweisen, kommen zudem weiterhin in den Genuss von Härtefallbeiträgen aus dem Lastenausgleich. Der entsprechende Härtefonds soll von den Gemeinden mit maximal 2.50 Franken pro Einwohner und Jahr gespeist werden.

«Schritt in richtige Richtung»

Was das für die einzelnen Gemeinden konkret bedeutet, zeigt sich am Beispiel der «Sozialhilfe-Hölle» Grellingen: Aktuell beträgt der Nettoaufwand in der 1800-Seelen-Gemeinde für die Sozialhilfe 392 Franken pro Einwohner und Jahr. Bei einer Umsetzung der von der Ausgleichsinitiative vorgeschlagenen Pool-Lösung wäre dieser Betrag auf 276 Franken geschrumpft. Jetzt werden mit dem Inkrafttreten des Gegenvorschlags noch immer 360 Franken übrig bleiben. Für den Grellinger Gemeindepräsidenten Alex Hein steht darum ausser Frage, dass seine Gemeinde weiterhin Härtefallbeiträge wird beantragen müssen.

Entsprechend zurückhaltend kommentierte das Initiativkomitee den Ausgang der gestrigen Abstimmung. Dieser sei zwar «ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung». Das Baselbiet habe die Problematik der ungleichen Verteilung der Sozialhilfelasten erkannt und die betroffenen Gemein-

den nicht alleine gelassen. Indes sind «die strukturellen Probleme damit nicht gelöst», stellt Oberdorfs Gemeindepräsident Piero Grumelli fest. Die Situation bleibe akut und werde sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Darum werden sich laut Liestals Stadtpräsident Daniel Spinnler «die betroffenen Gemeinden weiterhin für ihre substanziale Entlastung einsetzen müssen».

Aber auch auf der Seite der Initiativgegner war angesichts der Annahme des vom Landrat ausgearbeiteten Kompromisses kaum Begeisterung auszumachen. «Wir hätten weiterhin eine Verbesserung des heute bereits bestehenden Instrumentes des Härtebeitrags bevorzugt», kommentierte FDP-Landrat und Birsfeldens Gemeindepräsident Christof Hiltmann das gestrige Ergebnis. Im Abstimmungskampf war Hiltmann als einer der entschiedensten Gegner der Ausgleichsinitiative aufgefallen. Immerhin werde jetzt nicht der von ihm befürchtete Wegfall der Eigenverantwortung der Gemeinden eintreten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die eigene Sozialhilfequote tief zu halten.

Wegen Problemen bei der Übermittlung der Abstimmungsergebnisse aus Rössenschanz stand das provisorische Schlussresultat dieser Vorlage gestern erst nach 17.30 Uhr fest.